

Solidarität

unsere Chance

Nummer 127

März-April 2016

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Krisen, Kriege, Flüchtlinge, Wirtschaftskrise, Korruption:

- ▶ **Hypo-Milliarden-Verschiebung** – begonnen von der FPÖ, weiter geschoben von mehreren ÖVP-Finanzministern – an v.a. deutsche „Gläubiger“, sprich Spekulanten, zum Schaden der Masse der arbeitenden Menschen Österreichs
- ▶ **Sanierung von Bankgewinnen** per Kündigungen und auf Kosten der Sozialversicherung (Uni Credit Bank Austria)
- ▶ **Fortgesetzter Ausverkauf** Österreichs z.B. OMV (an Deutschland unter dem Deckmantel der Gazprom-Beteiligung) und Telekom (an den mexikanischen Milliardär Carlos Slim)
- ▶ **Rekord-Arbeitslosigkeit** – rd. 500.000 Menschen ohne Erwerbsarbeit
- ▶ **Lohndumping** der Unternehmen mit Arbeitern aus dem EU-Ausland mit Hilfe der EU-Entsenderichtlinie vor allem am Bau und im Transportbereich (Lkw- und Busfahrer, Lokführer)
- ▶ **Stimmungsmache** gegen Mindestsicherungsbezieher und Arbeitslose statt Umverteilung der Milliardenvermögen der täglich reicher werdenden Reichen auch in Österreich – weltweit haben 62 Personen so viel Vermögen angehäuft wie die Hälfte der Erdbevölkerung!
- ▶ **Weitere Kürzungen** von Pensionen und Mindestsicherung (nach der Bundespräsidentenwahl?) obwohl laut Sozialminister Stöger durch die „Pensionsreformen“ der Staat sich von 2009 bis 2019 gegenüber der Prognose 9 Milliarden Euro ersparen wird (Presse, 15.3.16)
- ▶ **Das Gesundheitssystem** wird an die Wand gefahren durch Auslagerung der Kassen (geringere Beitragseinnahmen wegen der steigenden Arbeitslosigkeit, hohe Medikamentenkosten für die Pharmaindustrie, usw.) mit der Folge von weniger Kassenärzten, mehr privat zu zahlenden Wahlärzten, d.h. noch mehr Selbsthalten, längeren Wartezeiten in Spitälern usw.
- ▶ **Bildung** wird verschult, teuer und immer elitärer – Bildung für Reiche statt Bildung für alle
- ▶ Statt die **Ursachen der Arbeitslosigkeit**, die Profitwirtschaft, durch wirksame Gesetze und Steuern zu bekämpfen, werden Mindestbezieher und Arbeitslose als Schmarotzer gebrandmarkt, mit Zwangsmaßnahmen und Leistungskürzungen bekämpft
- ▶ **Gegen die Kriege** des Westens im Nahen Osten, gegen die Kriegsteilnahme von Staaten der EU, in dessen „Friedensprojekt“ sich Österreich ja befindet, treten weder die SPÖVP-Regierung des neutralen Österreich noch die angebliche Opposition von FPÖ über Grüne, Team Stronach bis NEOS auf
- ▶ Statt die **Fluchtursache**, das **Kriegführen**, dessen Profiteure, zu

bekämpfen, werden Flüchtlinge als das Übel bekämpft – das schützt die Kriegstreiber und Profitmacher und hetzt Menschen gegen Menschen



- ▶ **Faymann, Mitterlehner, Mikl-Leitner, Kurz und Doskozil** nehmen Terror und Flüchtlingsdrama als Anlass, um Polizeistaat und Militarisierung der Gesellschaft schnell und umfassend voranzutreiben
- ▶ **Grenzsicherung** – ja, Nein zu Polizeistaat und Militarisierung!
- ▶ **Profitwirtschaft** schafft Arbeitslosigkeit, Armut, soziales Elend, Krieg und Flüchtlingsströme
- ▶ **Wir wollen keine Unternehmerregierung**
- ▶ Wir brauchen **keine „blauen Roten“**, sondern **rote Politik im Interesse der arbeitenden Menschen**



- ▶ **NEIN zum Rechtsruck der SPÖ-Spitzen**
- ▶ **Rechte SPÖ-Politik schützt nicht vor Unternehmerwillkür, schützt nicht vor Blau-Braun-Schwarz – im Gegenteil!**

► Überlassen wir nicht die Politik in Parteien, Kammern und Gewerkschaften den FunktionärInnen, die sich – egal welcher Parteifarbe sie angehören – nur nach dem Wind der Mächtigen drehen und bloß an die Dicke der eigenen Brieftasche denken!

► **Sozialpartnerschaft hilft nur den Unternehmern!**

► Diejenigen, welche sagen: „Umverteilung von oben nach unten, das bringt nichts“, sind diejenigen, die tagtäglich gegen uns und für sich umverteilen

► Ausbau von Sozialstaat und Demokratie statt Sozialabbau, Unterdrückung und Krieg!

► Die arbeitenden Menschen

müssen wieder das Sagen haben in Partei, Wirtschaft und Gesellschaft!

► Solidarität ist unsere Stärke, Widerstand unsere Chance!

► **Werden wir selbstständig und gemeinsam aktiv: im Betrieb, in den AMS-Kursen, in den Schulen, auf den Universitäten, in Partei und Gewerkschaft!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Worauf das alles hinausläuft, wenn wir dieser Entwicklung nicht selbständig und gemeinsam entgegenreten:

Die Militarisierung der Gesellschaft

Vom US-Präsidenten Ronald Reagan wurde 1985, nach Anschlägen in Beirut und nach mehreren Flugzeugenttaten der Begriff „Krieg gegen den internationalen Terror“ geprägt. Es folgten dann immer wieder kriegerische Einsätze der US-Armee im Nahen Osten und in Afrika. Nicht zufällig markieren die Amtszeiten von Reagan und Thatcher auch den Beginn der „Neoliberalen Phase des Kapitalismus“. Nachdem der Kapitalismus mit dem Ausbeuten von Energie, Umwelt und von Menschen keine zweistelligen Zuwachsraten und Profite mehr erzielen konnte, wurde noch massiver auf die direkte Beraubung der „Armen“ übergegangen. Das bedeutet die totale Privatisierung der staatlichen Infrastruktur und Plünderung der Sozialsysteme. Mühsam in Europa in den letzten hundert Jahren erkämpfte soziale Rechte werden dabei abgeschafft. Nach den Anschlägen am 11. September 2001 wurde der Begriff „Krieg gegen den Terror“ vom Präsidenten G.W. Bush dazu benutzt, um nach außen Kriege um Rohstoffe zu führen und im Inneren einen Überwachungs- und Polizeistaat aufzubauen, der Aufstände und Unruhen der Armen unterbinden soll. Alle Staaten der Erde wurden aufgefordert, beim „Krieg gegen den Terror“ unter US-Führung mitzumachen. G.W. Bush:

„Jedes Land in jeder Region muss sich jetzt entscheiden – entweder es steht an unserer Seite oder an der Seite der Terroristen“.

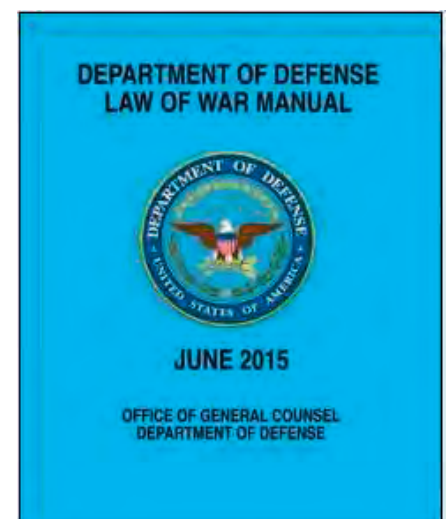
Die USA als Gesetzgeber und Weltpolizist

Über die zahlreichen Kriege mit nachhaltig zerstörten Staaten und Regionen (Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien und ihren Nachbarn in Asien und Afrika) mit Millionen Todesopfern und Flüchtlingen haben wir in unseren Ausgaben berichtet.

Um den permanenten „Krieg gegen den Terror“ zu führen, ohne je eine Kriegserklärung an einen Staat abzugeben und gleichzeitig im Inneren die Armen auszurauben und gegeneinander zu hetzen, bedarf es eines permanenten Ausnahmezustandes, also eines rechtsfreien Raumes, in dem Militärs, aber auch die Polizei alles dürfen, ohne dafür je zur Verantwortung gezogen zu werden. Diese Übergriffe werden von den US-Gerichten durch Freisprüche sanktioniert und zusätzlich werden immer mehr Gesetze geschaffen, die neben der Verletzung von internationalen Rechten auch die Einschränkung der Grundrechte von US-Bürgern verletzen. Außerhalb der USA sollte ja ohnehin auch US-Recht gelten. Die Regierungen beider Präsidenten

Bush und Obama haben den „Krieg gegen den Terror“ zum schrittweisen Abbau demokratischer Rechte im Inland genutzt: Mit dem Patriot Act wurden polizeistaatliche Einschränkungen eingeführt, die Polizei wurde massiv aufgerüstet und mittels der NSA und anderer Geheimdienste wird die Bevölkerung rund um die Uhr überwacht.

Die gezielte Tötung (= Ermordung) von „störenden“ Menschen, auch von US-Bürgern, ohne Anklage und Gerichtsprozess wurde mit Drohnenangriffen zur Routine. Die neueste „Errungenschaft“ in dieser Richtung, ist ein im Juni 2015 vom US-Verteidigungsministerium herausgegebenes Handbuch zum Kriegsrecht.



Übrig bleibt letztlich das Kriegerrecht

Dieses 1.165 Seiten starke Handbuch beinhaltet im Wesentlichen eine Anleitung, wie man das Völkerrecht und US-Gesetze bricht und Kriegsverbrechen begeht. Das Kriegerrecht, wie es das Pentagon versteht, setzt nicht nur die internationalen Menschenrechtsverträge, sondern auch die US-Verfassung außer Kraft. Das Handbuch erlaubt die Tötung von Zivilisten in bewaffneten Konflikten und schafft die Voraussetzungen für massenhafte Inhaftierungen durch das US-Militär. Journalisten dürfen nicht nur zensiert, sondern auch als feindliche Spione behandelt und dem Militärgericht zugeführt werden, wenn die Generäle das für notwendig halten. Das Handbuch stellt den Einsatz von Atomwaffen frei und lässt auch Napalm, Geschosse aus angereichertem Uran, Streubomben und andere schreckliche Waffen zu. Dieses Handbuch ist eine „Anleitung für den totalen Krieg und die Errichtung einer Militärdiktatur“ und beweist, dass Militarismus und Demokratie nicht vereinbar sind.

Die einzig verbliebene „Weltmacht“ bezieht alle Staaten der Welt und auch uns nicht nur dadurch mit ein, dass wir bedingt durch EU Verträge, die auch bei uns über der Verfassung stehen, Personen- und Sicherheits-Daten liefern müssen und sogenannte „Polizeiorgane“ wie NSA, CIA ... des „Weltpolizisten“ auf unserem Territorium praktisch freie Hand haben, nein, wir müssen uns auch in die Richtung eines Polizei/Militär-Staates bewegen. Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung und des Schutzes vor Flüchtlingen wurden und werden ganz wesentliche Schritte dazu bei der EU und auch direkt bei uns in Österreich gesetzt.

Soziale Ausgangslage und EU-Reaktion: Bepitzelung

Das Pew Research Center, eine überparteiliche Expertengruppe, berichtete im Juli 2015, dass trotz aller Fortschritte in der Kommu-

nikation, der Landwirtschaftstechnik und der Biotechnologie 74% der Weltbevölkerung mit einem täglichen Einkommen unter 9 € also in tiefer Armut leben müssen. Auch die OECD bestätigte in einem Bericht Ende 2014, dass heute die Kluft zwischen Arm und Reich in den Ländern der Organisation weit größer ist als vor 30 Jahren. Das gilt insbesondere auch für Deutschland und Österreich. Entsprechend z.B. vor 30 Jahren der Monatslohn eines Arbeiters eines Großbetriebes etwa den Tageseinkünften des Firmenchefs (1:20) so entspricht heute der Tageslohn des Chefs dem von 9 Monaten bis 1,5 Jahren des Arbeiters (1: 180-400).

Schutz der Reichen

Dieser immense Reichtum muss vor eventuellen Aufständen geschützt werden. Dazu müssen vor allem Daten der Bürger gesammelt werden und eine EU-Daten Superbehörde wird aufgebaut. Zielperspektive: Ein EU-Geheimdienst nach dem Muster der NSA bzw. CIA. Dazu passt auch das von der österreichischen Regierung neulich beschlossene Polizeiliche Staatsschutzgesetz (PstSG). Der Innenausschuss des EU-Parlaments hat einen Deal mit den Mitgliedsstaaten abgesegnet, wonach die europäische Polizeibehörde künftig auch Daten privater Firmen wie Facebook oder Google nutzen darf. Seit 1. Jänner 2016 betreibt Europol in Den Haag das „Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung“ (ECTC). Es soll als „Unterstützungseinheit“ fungieren, um die verschiedenen Anstrengungen im Falle grenzüberschreitender gemeinsamer Ermittlungen zu bündeln.

INDECT, ein schon länger laufendes EU-Projekt, bedeutet soviel wie „Intelligentes Informationssystem zur Unterstützung von Überwachung, Suche und Entdeckung für die Sicherheit von Bürgern in städtischer Umgebung.“ Wird man vom Überwachungsprogramm INDECT als „verdächtig“ eingestuft, so könnte man auch ins Visier des

ebenfalls EU-geförderten Drohnenprojekts **AEROCEPTOR** kommen. Dieses Drohnenprogramm dient dazu, mögliche „nicht kooperative“ Fluchtfahrzeuge durch Lahmlegen der Elektronik oder durch Einsatz von Gummigeschossen, Leuchtraketen, Rauch- oder Blendschockgranaten zu stoppen. Seit Oktober 2015 ist die automatische Notruf-einrichtung Ecall für EU-Neuwagen Pflicht. Die Autos sind so online dauernd mit einem GPS verbunden und können nicht nur im Notfall, sondern ständig geortet werden. Auf der Liste der 15 EU-Projektpartner finden sich Forschungseinrichtungen, Technologie- und Rüstungskonzerne aus der EU, der Türkei und Israel. Aus Österreich sind das Austrian Institute of Technology (AIT) und die Sigmund Freud Universität (CEUSS) dabei.



www.staatsschutz.at



Auch Österreich mit dabei

Also auch Österreich mischt hier entscheidend mit. Mitte Juni 2015 wurde bekannt, dass die NSA beim österreichischen Heeresnachrichtendienst (HNaA), dem Auslandsgeheimdienst des österreichischen Bundesheeres, eine Kontaktstelle habe und eine intensive Kooperation stattfinden – also Daten von Bürgern oder ganze Datensätze gehen direkt an

die US-Geheimdienste. Hier soll nun mit der kürzlich beschlossenen Sicherheitsstrategie eine neue Gewichtung innerhalb des Heeres stattfinden. Ein neuer Bereich wird geschaffen, personell stärker bestückt als das Abwehramt und Heeresnachrichtenamt zusammen und dürfte zwischen Abwehramt und Kommando-Führungsunterstützung angesiedelt werden. Eine zentrale Rolle bei der Entstehung sollen die Gruppe C des Abwehramtes, die sich schon jetzt mit Sicherheit im technischen und elektronischen Bereich beschäftigt, und die Abteilung Technische Aufklärung des Heeresnachrichtenamtes einnehmen. Dieser „Cyber-Defense“-Bereich soll mit rund 1.600 neu einzustellenden MitarbeiterInnen betrieben werden (Geld spielt also keine Rolle).

Die „Zeit“ ruft nach dem starken Staat

In einem sieben Seiten langen Artikel mit der provokanten Überschrift *„Politische Führung: Darf's auch etwas mehr sein?“* ruft das sogenannte liberale Wochenblatt Die Zeit Mitte 2015 nach einem „starken Staat“. In jedem Absatz wird dem Leser die zentrale Botschaft des Artikels eingetrichtert: Deutschland braucht wieder einen „starken, durchgreifenden Staat“! Der Artikel beginnt mit folgenden Worten:

„Wenn nicht alles täuscht, erleben wir gerade die Wiederkehr des starken Staates. Man muss nicht lange überlegen, um sich klarzumachen, dass die enormen Aufgaben, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen, nicht ohne einen starken Staat gemeistert werden können“. Nur der „starke Staat“ könne die klassischen Staatsaufgaben „Sicherheit und Ordnung, Recht und Gerechtigkeit“ erledigen. „Die Zivilgesellschaft kann das nicht [...], der Markt vermag es nicht, die Algorithmen der digitalen Staatsverächter von Google und Co. können es erst recht nicht, und Europa versagt gerade ziemlich kläglich“, schreibt der Autor des Artikels, Heinrich Wefing.

Diesem Aufruf wird nicht nur vom deutschen, sondern auch von anderen europäischen Regierungen und Innenministerien nicht nur enthusiastisch Folge geleistet, sondern er bestärkt schon sehr lange vorbereitete Einsatzpläne.



Zentrum zur Bekämpfung von Aufständen

Seit 2005 befindet sich im norditalienischen Vicenza das „Center of Excellence for Stability Police Units“, ein Zentrum für die Ausbildung von Gendarmerieeinheiten, die „besonders geschult sind im Umgang mit gewaltsamen Aufständen“, wie der Politikwissenschaftler Christian Kreuder-Sonnen erläutert. Hier werden europäische, amerikanische und afrikanische Polizisten für den Einsatz in Kriegsgebieten vorbereitet. Dieses Zentrum finanzieren hauptsächlich die USA. Vicenza beheimatet den US-amerikanischen Armeestützpunkt Caserma Ederle, der das Hauptquartier der „Southern European Task Force“ ist, zu der auch die 173.Luftlandebrigade gehört, die im Nahen Osten immer dann aktiv wird, wenn es mit der Türkei nicht ganz so gut klappt.

In diesem US-militärisch geprägten Vicenza hat aber auch die 2006 gegründete Europäische Gendarmetrietruppe (EGF) ihren Sitz. *In der EGF sind acht europäische Gendarmerien vertreten, die türkische hat einen Beobachterstatus. Diese Truppe ist äußerst flexibel einsetzbar: Sie kann unter EU-, UNO-, OSZE- oder NATO-Kommando gestellt werden. Laut Wikipedia gehören zum Aufgabebereich der EGF „der Schutz von Besitztümern und Menschen sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung*

im Falle einer ‚öffentlichen Störung‘.“ Ihre ersten Einsatzgebiete waren Bosnien und Herzegowina, Afghanistan und Haiti.

2008 startete die französische Gendarmerie gemeinsam mit der Europäischen Kommission ein Projekt, in dessen Rahmen Polizisten und Mitglieder der Gendarmerie aus mehreren EU-Ländern gemeinsam trainieren. Zwei Jahre später fand eine Übung unter Leitung der deutschen Bundespolizei in einer Bundeswehrkaserne nahe Potsdam statt. Seit der Finanzkrise 2008 wird der europäische Sicherheitsapparat beschleunigt ausgebaut. Das Budget des europäischen Netzwerks von nationalen Spezialeinheiten der Polizei ATLAS wurde laut der britischen Bürgerrechtsorganisation Statewatch in letzter Zeit um das Fünffache erhöht. Im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) werden militärische und polizeiliche Zuständigkeiten zunehmend verwischt und Kapazitäten zur Bekämpfung von Aufständen aufgebaut. Offiziell gehe es dabei um Einsätze in Ländern außerhalb der Europäischen Union. Aber mit Art. 222 des Lissabon Vertrags hat man auch die rechtliche Voraussetzung für den Einsatz von Militär und paramilitärischen Einheiten in EU-Krisenstaaten geschaffen.

Bei „Ungehorsam“ Militärputsch angedroht

Während der sogenannten Finanzkrise wurde für Griechenland auch immer die Option einer Militärregierung oder der Einsatz von EU-Truppen gegen Demonstranten angeschnitten und auch bei der aktuellen Flüchtlingsproblematik wird die Übernahme von griechischen Hoheitsrechten durch EU-Militärs erwogen. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat Mitte Juni 2010 bei einem Treffen mit Gewerkschaftsführern vor Bürgerkriegen und Militärputschen in Europa gewarnt, wenn die Staatskassen leer sind, die Bürger aber ihre Sozialleistungen

weiter einfordern: „In Staaten wie Griechenland, Spanien und Portugal werde die Demokratie dann sehr schnell der Vergangenheit angehören. Die Diktatur werde zurückkehren. Es drohe in mehreren bankrotten EU-Staaten ein Militärs-Putsch“.

Finanziert von der Rüstungsindustrie

Vom 20. bis 22. Oktober 2014 fand mitten im Zentrum Berlins die zweite „International Urban Operations Conference“ statt. 400 Vertreter aus 40 Ländern, darunter vielen mit zweifelhaftem demokratischen Ruf, diskutierten drei Tage lang über die Niederschlagung von Aufständen und anderen Formen des Bürgerkriegs in städtischen Gebieten. Finanziert wurde die Konferenz von der Rüstungsindustrie. Unter den offiziellen Sponsoren finden sich der weltweit führende Hersteller von Handfeuerwaffen, Heckler&Koch, die Waffenschmieden Dynamit Nobel Defence und Kärcher Futurtech, sowie die israelische Rüstungsfirma Rafael. Zahlreiche weitere Waffenhersteller boten ihre Produkte auf Ausstellungsständen an.

Polizei- und Militärgewalt will geprobt sein

Damit Soldaten die Niederschlagung sozialer Aufstände realitätsnah trainieren können, baut die Bundeswehr auf dem Gelände des „Gefechtsübungszentrum Heer“ (GÜZ) nördlich von Magdeburg bis 2020 die Stadt Schnöggersburg, einen „urbanen Ballungsraum“ mit 520 Gebäuden. Er soll mit typischer Infrastruktur – darunter einem Elendsviertel, einem Industriegebiet und einer Moschee, die man bei Bedarf in eine Kirche umwandeln kann – bebaut sein. Nach der Fertigstellung werden EU- sowie NATO-Kampfverbände gemeinsam den Krieg in der Stadt und gegen die Stadtbevölkerung proben.

Das Militär und die Sicherheitskräfte werden aber jetzt schon gegen Demonstrationen und Streiks eingesetzt: bei den Generalstreiks

und Streiks in Griechenland sowie in Spanien. Dort feuerten im März 2014 Anti-Aufstands-Einheiten mit Tränengas und Gummigeschossen auf Teilnehmer einer Demonstration in der Hauptstadt Madrid, an der über eine Million Menschen teilnahmen.

Die Berliner Polizei führte im Jänner. 2016 eine Bürgerkriegsübung zur Unterdrückung sozialer Unruhen durch. Ein Aufgebot von fünf Hundertschaften der Berliner Polizei und zwei Sondereinsatzkommandos (SEK) stürmte das von der alternativen Szene bewohnte Haus in der Rigaer Straße 94 in Berlin Friedrichshain. Während die nähere Umgebung durch dreihundert Polizisten abgesperrt wurde, drangen die zwei SEK-Sonderkommandos mit Hilfe einer Feuerwehrleiter über das Dach in das Gebäude ein. Danach stürmten weitere zweihundert Polizisten das Haus und durchsuchten es vom Keller bis zum Dach nach „gefährlichen Gegenständen“. Vorbild war wohl eine ähnliche Aktion im Juli 2014 in Wien, wo bei der Räumung der „Pizzeria Anarchia“, nahe dem Praterstern in Wien-Leopoldstadt 1.700 Beamte (!) im Einsatz waren. Unterstützt von Wasserwerfern und Panzerwagen, Hubschraubern, Sonderkommandos und Einheiten aus Bundesländern wurde die Räumung vollzogen. Im mehr als zwölfstündigen Einsatz wurden 19 Besetzer – 13 Männer und sechs Frauen- und zwölf weitere Personen festgenommen. Alle wurden am nächsten Tag wieder freigelassen.

Oberst Peter Schrottwieser, stellvertretender Vorsitzende der GÖD-Bundesheergewerkschaft war im August 2015 noch empört, „dass man großzügig das Bundesheer hinaus-schicke um Asylwerber zu transportieren, Container aufzubauen und Verpflegung auszugeben. Dadurch gebe es dann keine Mittel für die „tatsächlichen Aufgaben zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, die das Bundesheer in Assistenz zur Exekutive zu bewältigen haben wird“. Nur sechs Monate danach, bewachen

bewaffnete Soldaten und Räumpanzer unsere Grenzen und werden auch von Österreich bezahlte „Söldner“ für die Grenze von Mazedonien angeboten. Militärstreifen dürfen im Süden Österreichs private Autos anhalten und kontrollieren – also die Sorgen um die fehlenden Mittel waren völlig unberechtigt.



Verschmelzung von Polizei und Militär

Die beiden Ministerien, für das Heer und für die Polizei, wetteifern einerseits um die Führung bei der Militarisierung und arbeiten andererseits auch intensiv zusammen. Für die Sicherheitsoffensive, die Mikl-Leitner nach den Terrorangriffen von Paris angekündigt hat, wünschte sie sich einen dreistelligen Millionenbetrag für gepanzerte Fahrzeuge, ballistische Schutzwesten und beschusssichere Hubschrauber. Das Militär pocht aber auf Zusammenarbeit. Es verfügt ja unter anderem über 102 gepanzerte Fahrzeuge Iveco, 71 leicht gepanzerte Fahrzeuge Pandur, 112 Schützenpanzer Ulan und 48 Allschutztransportfahrzeuge Dingo sowie neun Black-Hawk-Hubschrauber. Wann das Innenministerium auf die Ressourcen des Heeres zurückgreifen kann, ist im Wehrgesetz klar geregelt – es muss

einen Assistenzeinsatz „zum Schutz der demokratischen Freiheiten der Einwohner“ sowie „der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Inneren“ beantragen. Außerdem arbeiten Verteidigungs- und Innenressort bereits seit drei Jahren auch im Bereich der Ausbildung verstärkt zusammen: Seit 2012 gibt es zwischen Militär und Polizei ein schriftliches Verwaltungsübereinkommen. *Vorhandene Ausbildungseinrichtungen, -mittel und -angebote werden gemeinsam genutzt, um die „Zusammenarbeit zu vertiefen“ und „damit für beide Ministerien eine Win-win-Situation“ zu erreichen*, heißt es aus dem Verteidigungsressort. Klug und Mikl-Leitner unterzeichneten im Nov. 2014 ein weiteres Verwaltungsabkommen, demnach sollen bis zu 87 Heeresbedienstete das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl verstärken. Bei einem der größten Polizeieinsätze des Jahres 2015, (Generalmajor Robert Strondl vom Innenministerium), dem G7 Gipfel in Bayern und der Bilderberg Konferenz in Telfs in Tirol (7-14. Juni 2015) konnten nun endlich die Black-Hawk Hubschrauber des Bundesheeres die Spezialisten der Cobra in den Einsatz fliegen. *„Die Aufgabe der Polizei beim G7-Gipfel und bei der Bilderberg-Konferenz ist der Schutz der Staatsgäste, hochrangiger Persönlichkeiten und der Bevölkerung“*, erklärte die Innenministerin. Eine Durchführungsvereinbarung ermöglichte, dass deutsche Kräfte in Österreich und österreichische Kräfte in Deutschland unterstützend Dienst versehen können, unter der polizeilichen Führung und Verantwortung des jeweiligen Landes und nach dessen Gesetzen.

Das Bundesheer übte vom 10. bis 14. November 2014 den Schutz gefährdeter Infrastruktur. Unter dem Titel „Netzwerk 2014“ arbeiteten dabei 800 Soldaten mit Polizei und zivilen Organisationen zusammen. An der Übung waren laut einer Aussendung des Verteidigungsministeriums auch 600 Milizsoldaten beteiligt. „Geschützt“ wur-

den ein Erdöl-Tanklager, Kraftwerke, Häfen und das Siemensgebäude.

Mitten im kalten Krieg, umgeben von „feindlichen Regimen“ gab es ernsthafte Initiativen zur Abschaffung des Bundesheeres. Auch Bruno Kreisky war stets der Meinung, dass Österreich durch eine aktive Außenpolitik besser geschützt werden könne als durch das Bundesheer und gewann 1970 mit dem Kampfslogan „sechs Monate sind genug“ die Wahl; 1975 wurde der Zivildienst eingeführt. Weder die innere noch die äußere Sicherheit hat dadurch gelitten. Heute, „umzingelt von Freunden“ im größten Friedensprojekt der Welt, der Europäischen Union, die dafür mit dem Friedensnobelpreis bedacht worden ist, wird wegen unbewaffneter Kriegsflüchtlinge, die Verlängerung des Präsenzdienstes, die Einberufung von Milizsoldaten und eine massive Aufrüstung und Aufstockung des Bundesheeres, der Geheimdienste und der Polizei verlangt.

Schüren von Unsicherheit

Durch das Schüren des Unsicherheitsgefühls und des Gefühls sich zusammenschließen zu müssen, um sich gemeinsam gegen vermeintliche Sozialschmarotzer, Einbrecher, Fremdes und Bedrohliches wehren zu müssen, entstehen auch bei uns immer mehr Bürgerwehren. Sehr oft werden diese von Rechten initiiert oder mitgetragen.

Was kann jeder einzelne dagegen tun!

Sich nicht verhetzen lassen, weder von kleinformatischen Zeitungen mit großen Schlagzeilen oder von großformatigen mit kleineren Schlagzeilen, noch von polemischen Politikern und „objektiv“ bemäntelten Fernsehberichten und Kommentaren. Immer wenn von der Bedrohung unserer Werte, unseres Sozialsystems, vom Schulterchluss mit gleichgesinnten Kulturguts- und Volkstums -schützern gesprochen wird und soziale, ethnische oder sonstige „Andere“ von der

Wirtschaft an den Rand gedrängte Menschen zur Zielscheibe gemacht werden, wird gehetzt.

Gehen wir in solchen Fällen direkt auf diese Menschen zu und fragen sie, was sie wollen, wünschen, träumen, dann entspricht das zu weit über 90% auch unseren Vorstellungen. Diese Menschen wollen in Würde einer sinnvollen Arbeit nachgehen und damit ihren Lebensunterhalt verdienen. Sie wollen Freunde und Anerkennung und dafür sorgen, dass ihre Kinder einen guten Weg beschreiten und, wenn alles gut läuft, auch noch im Alter mit ihren Enkeln spielen. Für die wenigen Prozente an religiösen, nationalen oder rassistischen Fanatikern und Kriminellen herrscht auch in diesen Gemeinschaften kein Verständnis. Für diese Ausnahmen braucht es auch keinen Ausnahmezustand mit Polizei- und Militäraufstockung und keinen totalen Überwachungsstaat – für diese Außenseiter sind unsere jetzigen Gesetze vollständig ausreichend.

Polizei/Militärstaat: Instrument der Reichen gegen die Armen

Bei dem sich abzeichnenden Polizei/Militärstaat geht es letztlich wie der Multimilliardär Warren Buffet 2006 sagte, um den Krieg der Reichen gegen die Armen und der wird weltweit, auch bei uns von den Reichen mit Waffengewalt geführt.

Zwischen aktiven, passivem Widerstand gegen Machtssysteme und dem aktiven Mitmachen mit den Tätern, gibt es viele Abstufungen. Eines muss aber außer Frage gestellt sein, nämlich die persönliche Entscheidung, wie man mit seinen Mitmenschen umgeht. Hetzer, Blockwarte, Spitzel und Denunzianten stehen eindeutig auf der unmenschlichen Verbrecherseite.

(aus: *GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg*, Nr. 1/2016, www.atomgegner.at)

Detaillierte Quellenangaben zu diesem Beitrag finden sich auf unserer Homepage: <http://proSV.akis.at> unter: ÖSK-Zeitung 127 - Solidarität - unsere Chance

Offener Brief an Bundespräsident Dr. Heinz Fischer

Betreff: Position zu Terror und Krieg

Wien, am 14. März 2016

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Die Probleme um die Flüchtlingsströme stellen die EU auf eine harte Probe, worauf Sie kürzlich in einem ORF-Interview auch hingewiesen haben. Es wird viel diskutiert und gestritten, die Ursachen des millionenfachen Leids werden aber kaum angesprochen.

Ihnen als Repräsentanten eines neutralen EU-Mitgliedstaates kommt in dieser kritischen Situation die wesentliche Aufgabe zu, öffentlich darauf hinzuweisen,

▶ *dass das Flüchtlingsproblem nur an seiner Wurzel erfolgreich zu behandeln ist;*

▶ *dass der „Krieg gegen den Terror“, wie er heute betrieben wird, mit Bombardements und Drohnenmorden, beendet werden muss. Er heizt die Spirale der Gewalt nur weiter an und schafft längerfristig unvorstellbare Risiken. (Wie etwa Sabotage am Elektrizitätssystem mit langen Blackouts und damit einem völligen Zusammenbruch der technischen Infrastruktur und Versorgung, was auch die Gefahr mit sich bringt, dass Atomanlagen außer Kontrolle geraten.) Das Böse kann man nicht wegbomben. Terrorismus ist ein Verbrechen, für das der Internationale Gerichtshof zuständig ist.*

Und zu fordern,

- ▲ *dass Europa sich nicht gegen Russland oder andere Länder aufhetzen lässt;*
- ▲ *dass international umfassende, faire Friedensverhandlungen begonnen werden müssen;*
- ▲ *dass an Abrüstung kein Weg vorbei führt;*
- ▲ *dass Österreich als neutraler Staat seine Waffenlieferungen einstellen muss und statt dessen eine wichtige Vermittlerrolle einzunehmen hat;*
- ▲ *dass die EU, die sich als Friedensprojekt versteht, sich nicht an Kriegshandlungen beteiligen darf;*
- ▲ *dass Frieden nur dadurch zu erreichen ist, dass das Völkerrecht von allen Staaten anerkannt wird;*
- ▲ *und schließlich nicht zuletzt, dass das Gewaltmonopol nicht bei einzelnen Staaten, sondern ausschließlich bei der Völkergemeinschaft liegen darf und alle Staaten daher Kriegshandlungen und „Zündeleyen“ einstellen müssen.*

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

1981 haben 10.000 Menschen aus der ganzen Region Judenburg in der Steiermark für die Erhaltung des Stahlstandortes demonstriert und so ihren Willen durchgesetzt. Zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter hat sich damals das "Österreichische Solidaritätskomitee" gegründet, weil der Widerstand gegen die Zusperrer und Sanierer im Interesse aller arbeitenden Menschen liegt und die Betroffenen nicht alleingelassen werden dürfen.

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen.

Das "Österreichische Solidaritätskomitee" erhält sich ausschließlich von Mitgliedsbeiträgen und von den Spenden seiner Aktivisten, Abonnenten und Unterstützer.

Ich möchte die ÖSK-Informationen "Solidarität – unsere Chance" beziehen:

- Ich will eine Probenummer testen.
- Ich bin an weiterem Infomaterial interessiert.
- Ich bin an Treffen interessiert.

Name: _____

Adresse: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

127/16

**Einsenden an:
Österreichisches Solidaritätskomitee, Stiftgasse 8,
1070 Wien, oesolkom@gmx.at**

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion:
Österreichisches Solidaritätskomitee - Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen
Stiftgasse 8, 1070 Wien, ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift
„Solidarität unsere Chance“ ist zu 100 % das „Öster-
reichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstüt-
zung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070
Wien.

Vorstand: W. Leisch, P. Düringer, H. Schmitz.
Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift
ist die des obgenannten Vereins.

